

35
KLEINE REIHE

Frank Bösch

Politik als Beruf

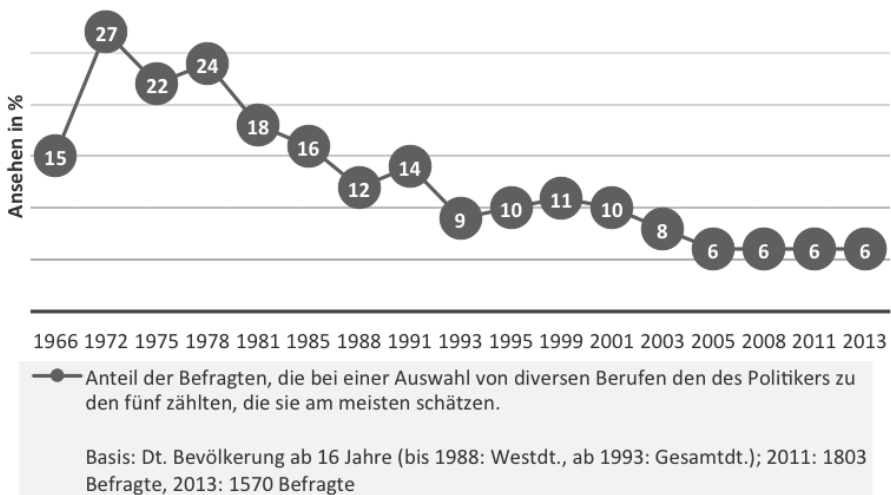
Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945

Politik als Beruf

Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945

Der Beruf des Politikers hat heute ein denkbar schlechtes Ansehen. In Deutschland liegt seine Reputation bei Umfragen seit längerem am unteren Ende, noch hinter Steuerbeamten und Managern. Ein schlechteres Image haben nur Mitarbeiter von Telefongesellschaften und Werbeagenturen, wohingegen rettende Berufe wie Polizisten, Feuerwehrleute, Krankenschwestern und Ärzte ein besonders hohes Ansehen genießen.¹ Wer sich dagegen als Politiker für die innere Sicherheit einsetzt oder für den Erhalt des Gesundheitssystems kämpft, wird mit Missachtung bestraft. Weltweit sieht es meist ähnlich aus: In Brasilien oder Spanien ist das Ansehen der Politiker noch geringer, in anderen Ländern zumindest etwas besser, überraschenderweise selbst in Russland, Indien und den USA.² Im historischen Längsschnitt fällt zudem der Prestigeverlust in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren auf: Unter Willy Brandt und Helmut Schmidt war die Reputation der Politiker am höchsten, dann setzte ein Niedergang ein (Abb. 1). Generell sank seit den späten 1970er Jahren das Vertrauen in Politiker, in ihr Handeln und ihre Fähigkeiten.³

Abbildung 1: Die Entwicklung des Berufsprestiges von Politikern in der Bundesrepublik seit 1966⁴



Die Folgen der Verachtung für hauptberufliche Politiker sind derzeit so sichtbar wie nie.

Für das weltweit gesunkene Ansehen gibt es viele naheliegende Erklärungen. Skandale um Privilegien, Steuerhinterziehungen und Vorteilsnahmen, die seit den 1970/80er Jahren zunahmten, zählen sicherlich dazu. Ebenso förderte die mediale Darstellung von Politikern in Spielfilmen, Comedyformaten oder Erfolgsserien vermutlich diesen Ansehensverlust.⁵ Wähler wünschen rasche Veränderungen, während Politiker langwierig »dicke Bretter« bohren müssen. Die Mythen um ihr selbstbezogenes Agieren, ihre angebliche Faulheit oder Inkompetenz sind dabei ebenso groß wie das Unwissen über diesen Beruf. Die Folgen dieser Verachtung für hauptberufliche Politiker sind derzeit so sichtbar wie nie: sei es bei der schwindenden Mitgliederbasis der Parteien, sei es bei der Wahl von Seiteneinsteigern wie Donald Trump und populistischen Berufspolitikern, die sich öffentlich durch die Verachtung der eigenen Zunft profilieren. Politserien wie »House of Cards« trugen somit in gewisser Weise mit dazu bei, dass ihre fiktionalen Inhalte realer wurden. Laut einer Umfrage bejahten viele ihrer Zuschauer, dass ein effektiv handelnder Politiker rücksichtslos und manipulativ sein müsse.⁶ Auch die AfD profitierte von diesem Ansehensverlust und dem Versprechen, mit neuen Seiteneinsteigern aus »dem Volk« in die Parlamente einzuziehen. So beschimpfte der Thüringer AfD-Sprecher Björn Höcke Anfang 2017 nicht nur die Grünen als Studienabbrecher und Berufspolitiker, sondern forderte von seinen Anhängern: »Ich will, liebe junge Freunde und Patrioten, ich will, dass ihr einen Beruf habt. Denn wer keinen Beruf hat, ist von der Politik abhängig.«⁷

Es lohnt angesichts dieser wirkmächtigen Debatten zeithistorisch zu diskutieren, wie sich der Beruf des Politikers entwickelte, um öffentlich kursierende Vorwürfe und Klischees fundierter einzuordnen. Wie entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland die Politik zu einem Beruf mit einem festen Gehalt? Was waren Voraussetzungen dafür, in der Politik zu reüssieren? Wie veränderte sich die soziale Zusammensetzung von Politikern und wie wandelte sich ihr Image? Dies soll im Folgenden jenseits der großen und gut bekannten Skandale eher sozialgeschichtlich für drei Felder diskutiert werden, die seit langem im Zentrum der Debatte über die »Politik als Beruf« stehen: das Einkommen von Politikern, ihr Sozialprofil und ihre spezifischen Fähigkeiten. Dabei lässt sich zeigen, dass sich seit den 1970er Jahren zwar Politik als Beruf deutlich geändert hat, die öffentlichen Zuschreibungen über Politiker aber in vielen Fällen kaum haltbar sind. Dass die Politik zu einem Beruf wurde, ist einerseits ein gewöhnlicher Professionalisierungsprozess in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften, der alle wichtigen Berufstätigkeiten kennzeichnet. In Demokratien mit gewählten Ämtern und Mandaten erscheint dies jedoch oft

als Problem, da hier zumindest der Eindruck einer abgeschlossenen politischen Klasse entstehen kann, die ihre Privilegien sichert.⁸

Wenn im Folgenden Merkmale und Karrieren von Politikern behandelt werden, so beschränkt sich dies auf die Inhaber von Mandaten und leitenden Regierungsämtern sowie hauptberufliche leitende Parteimitarbeiter. Ausgeklammert bleiben dagegen zuarbeitende Mitarbeiterstäbe sowie politische Aktivisten, die etwa in NGOs ebenfalls Politik betreiben, also auch für kollektiv verbindliche Entscheidungen eintreten. Wie neuere Studien zeigen, entwickelte sich beim Führungspersonal von NGOs ebenfalls das Selbstverständnis, hauptberuflich Politik zu gestalten.⁹ Dennoch gibt es gute Gründe, Angehörige von NGOs und Interessenverbänden von Politikern im engeren Sinne zu unterscheiden. Schließlich werden Amts- und Mandatsträger überwiegend mit Steuermitteln finanziert, wirken direkt an politischen Entscheidungen mit und stehen auch im öffentlichen Diskurs über Politiker im Mittelpunkt. Entsprechend beziehen sich auch die eingangs angeführten negativen Zuschreibungen fast durchweg auf sie.

1. Bezüge und Ausstattung von Politikern

Wer von der »Politik als Beruf« spricht, spielt natürlich auf den berühmten gleichnamigen Vortrag des Soziologen Max Weber an. Weber definierte Berufspolitiker hier bereits 1919 als diejenigen, die im Unterschied zu Honoratioren nicht nur »für die Politik« lebten, sondern auch »von der Politik«.¹⁰ Dies berührt einen ersten zentralen Punkt einer bis heute anhaltenden Kritik am Verdienst von Politikern. Wie entwickelte sich ihr Einkommen und welche Folgen hatte die jeweilige Höhe der Diäten für die Stellung von Politikern?

Nach Bismarcks Kalkül sollte die Ehrenamtlichkeit von Politikern Unter- und Mittelschichten aus der Politik fernhalten und damit die Demokratisierung der Politik einhegen.

Hier lohnt ein vergleichender Rückblick auf das Kaiserreich, der die oft konträren Folgen eines Verzichts auf Diäten deutlich macht. Denn die Reichsverfassung von 1871 schrieb in Artikel 32 ein explizites Diätenverbot für den Reichstag vor, das die Unabhängigkeit der Politiker garantieren sollte. Dies war insofern bemerkenswert, als dass in vielen deutschen Ländern die Angehörigen der Zweiten Kammern bereits Tagegelder für die Sitzungsbesuche erhielten und auch die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 dies bereits vorsah.¹¹ Bismarck setzte das Diätenverbot jedoch 1871 als Kontrapunkt zum allgemeinen männlichen Wahlrecht durch und hielt ent-

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884 – 1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

www.stiftung-heuss-haus.de

Publikationen in der Kleinen Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft
Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 **Parlamentarische Poesie**
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001
- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001
- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002
- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003
- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004
- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004
- 14 Frieder Günther
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008
- 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009

- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch
die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013
- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013

- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016
- 33 Kristian Buchna
Im Schatten des Antiklerikalismus
Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen
Stuttgart 2016
- 34 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Bedrohte Freiheit
Der liberale Rechtsstaat in Zeiten von Terrorismus und Rechtspopulismus
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2016
Stuttgart 2017
- 35 Frank Bösch
Politik als Beruf. Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945
Stuttgart 2018